

Politisches Mandat der Gewerkschaften

Zum gewerkschaftlichen Einfluss in den politischen Arenen

von Horst Schmitthenner

Die Gewerkschaften befinden sich in der Defensive. Mitgliederzahlen und Organisationsgrade sinken. Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu Gunsten der Kapital- und Vermögenseinkommen hält an, während es gleichzeitig in den vergangenen zehn Jahren nicht einmal mehr gelang, die Real-einkommen der abhängig Beschäftigten zu sichern. Auf betrieblicher Ebene müssen Belegschaften und Interessenvertretungen in den Auseinandersetzungen um Verlagerung und Beschäftigungssicherung angesichts des Erpressungsdrucks und der Machtposition transnationaler Konzernleitungen ein ums andere Mal Abstriche bei den Arbeitszeiten und Arbeits-

bedingungen hinnehmen. Zu eindeutig sind die Niederlagen, als dass die Defensive der Gewerkschaften noch näher begründet werden müsste (vgl. Urban 2005).

Gibt es Auswege? Eine prominente Überlegung läuft darauf hinaus, aus der Not gleichsam eine Tugend zu machen. Angesichts schwindender personeller und finanzieller Ressourcen sollten die Gewerkschaften ihre Aktivitäten auf die *Kernfelder* der Tarif- und Betriebspolitik konzentrieren. Die Einflussnahme in den Arenen der Zivilgesellschaft und des politischen Systems könne von den Einzelgewerkschaften nicht mehr umfassend im Sinne eines eigenständigen politischen Mandats

wahrgenommen werden. Folglich müsse die Rolle des DGB als gewerkschaftliche Lobby im politischen System gestärkt werden.

Zur »Konzentration auf das Kerngeschäft« gehören Bestrebungen, die über viele Jahrzehnte charakteristische Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und »Politik« wieder herzustellen.

In den Parlamenten soll es nach einer Phase der Entfremdung erneut Aufgabe der SPD sein, als »soziales Gewissen« der großen Koalition die neoliberalen Raubzüge des Koalitionspartners zu unterbinden und Anliegen der Gewerkschaften in Gesetze



Protest gegen geplante Werksschließung, Berlin, 21.10.2005 (Foto: Peter Homann/Gegendruck)

und Verordnungen umzusetzen. Die Paradoxie dieser Strategieempfehlung besteht in ihrer Geschichtslosigkeit. Im Grunde wird die Arbeiterbewegung wie vor 100 Jahren gedacht. Gesellschaftliche Bündnisse, um aus der Zivilgesellschaft heraus Druck auf das politische System ausüben zu können, werden als Überforderung, Verzettlung und Ablenkung vom betriebs- und tarifpolitischen Kerngeschäft angesehen.

Auf die Linke jenseits der Sozialdemokratie fällt weiterhin der Bannstrahl der Spaltung der Arbeiterbewegung. Die SPD wird als ihr »politischer Arm« angesehen – jeglichen Modernisierungsdebatten über »Dritte Wege« und »Neue Mitte« zum Trotz. Wenn andernorts Pluralisierung und Flexibilität eingefordert werden – hier bleiben die Pole unverrückt. Dabei war es in Deutschland eine sozialdemokratisch geführte Regierung, die den »Rheinischen Kapitalismus« abgeschrieben und – durch die steuerliche Freistellung der Veräußerungsgewinne von Kapitalbeteiligungen, die Zulassung von Hedge Fonds, die Privatisierung sozialer Sicherheit in der Kranken- und Rentenversicherung usw. – den Weg frei gemacht hat für die Durchsetzung eines finanzgetriebenen Kapitalismus.

Konzentration auf gewerkschaftliche Kernfelder mündet in der Sackgasse

»Konzentration auf Kernfelder« oder auf das »Kerngeschäft« ist eine Formel aus der Unternehmenspolitik. Damit wurde das Ende der großen industriellen Konglomerate verkündet. Ertragsstärke soll dadurch hergestellt werden, dass alle nicht-strategischen Unternehmensbereiche einem harten Benchmarking unterworfen werden. Stillgelegt oder ausgegliedert wird, was auf dem Markt billiger eingekauft werden kann. Das Management macht sich auf diese Weise die gewinnbringenden Umfeldbedingungen zu Nutze, um die Rendite für das auf Kerngeschäfte »verschlankte« Unternehmen zu steigern. Die Frage lautet: Welche Vorteile können Gewerkschaften erzielen, wenn sie sich auf ihre Kernfelder konzentrieren?

Nehmen wir das Feld der *Tarifpolitik*. In der Mehrzahl der Tarifrunden gelingt es den Gewerkschaften nicht mehr, Abschlüsse im Rahmen des gesamtwirtschaftlich neutralen Verteilungsspielraums durchzusetzen. Darin kommt dreierlei zum Ausdruck. Erstens der Druck der Massenarbeitslosigkeit, der in den Betrieben gezielt gegen die Forderungen der Beschäftigten instrumentalisiert wird. Diesen Druck zu mindern, erfordert eine aktive beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik. Die beständigen Kürzungen der öffentlichen Investitionen zeigen: Das Gegenteil ist der Fall. Hinzu kommt zweitens der politische Druck, die Verteilungsauseinandersetzungen nicht mehr nachfrage-, sondern wettbewerbsorientiert zu führen. Lohn(kosten)senkung (auch via Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsplatzabbau) ist dabei zur standortpolitischen Allzweckwaffe geworden. Diese Politik führt drittens zu einer verhängnisvollen Deformation der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Während die Exportindustrien florieren, bricht die Binnenkonjunktur ein. Stagnation ist die Folge. Und das führt bei steigender Produktivität zu anhaltendem Beschäftigungsabbau. Für die gewerkschaftliche Tarifpolitik schließt sich damit

ein Teufelskreis. Da die politischen Rahmenfelder negativ und präjudizierend auf die Tarifpolitik wirken, verbleibt eine Strategie der Konzentration auf dieses Kernfeld unter Absehung des politischen Mandats in der Defensive, statt sie zu überwinden.

Das gilt auch für das Feld der *Betriebspolitik*. Seit Jahren gelingt es nicht mehr, die tariflich vereinbarten Einkommensverbesserungen auch betrieblich umzusetzen. Durch die Inanspruchnahme von Öffnungsklauseln und den Abbau übertariflicher Leistungen ist eine negative Lohndrift entstanden. Das macht deutlich: Noch mehr als die Gewerkschaft selbst stehen die betrieblichen Interessenvertretungen unter Druck. Neben den bereits genannten Faktoren kommen hinzu: die elementare Angst um den Arbeitsplatz, die durch die Hartz IV-Gesetzgebung und die Aufweichung des Kündigungsschutzes enorm verstärkt worden ist, sowie die zielgerichtete Politik der Prekarisierung der Arbeit durch Ausweitung von Mini-Jobs, Leiharbeit, Ein-Euro-Jobs, geringfügiger Beschäftigung und die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen für Arbeitslose – ein Fünftel der erwerbstätigen Bevölkerung arbeitet mittlerweile im Niedriglohnsektor. Man muss also noch gar nicht die zunehmenden Angriffe auf die Mitbestimmung anführen, um zu erkennen, dass auch das Kernfeld der gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Betrieb von Seiten der politischen Rahmenfelder massiv unter Druck steht.

Gewerkschaften, die auf Dauer nicht in der Lage sind, die politischen Rahmenbedingungen zu beeinflussen, erleiden *Funktionsverluste* auch in ihren Kernfeldern. Ganz deutlich wird das bei Rückwirkungen der wettbewerbsorientierten Umpolung der Sozialpolitik. Die Verabschiedung von der paritätischen Beitragsfinanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung durch Zuzahlungen allein der Versicherten mindert ebenso wie der nur durch sie aufzubringende 0,9%-Beitragssatz für die Zahnbehandlung das verfügbare Einkommen der Lohnabhängigen.

Die Gewerkschaften diskutieren gegenwärtig, wie sie den Wildwuchs der Abweichungen von den Flächentarifverträgen beschneiden können. Wenn aber die Politik die Tarifautonomie einschränkt und gesetzlich geregelt wird, dass betriebliche Vereinbarungen voraussetzungslos und ohne Beteiligung der Gewerkschaften vom Flächentarifvertrag abweichen können, werden die erkämpften Regelungen im Kernfeld Tarifpolitik zu Makulatur.

Die Folgen einer zurückgeschraubten Einflussnahme der Gewerkschaften in den politischen Arenen können durch verstärkte Anstrengungen im Kernfeld Tarifpolitik nicht ausgeglichen werden. Negativ betroffen wäre das Kernfeld par excellence: die Organisationsentwicklung. Ohne politisches Mandat würden die Gewerkschaften auch aus Sicht der Mitglieder an Regelungsfähigkeit und -macht verlieren, was die



Horst Schmitthenner ist Beauftragter des Vorstands der IG Metall, Verbindungsbüro soziale Bewegungen. Vom Autor, Karl Otto und Arno Klönne erscheint im Frühjahr 2006 bei PapyRossa ein Buch zur Neugruppierung der gesellschaftlichen Linken.

Elmar Altvater

Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen



Eine radikale
Kapitalismuskritik

2005 - 240 Seiten - € 14,90
ISBN 3-89691-627-0

Die Dynamik der modernen Gesellschaften verdankt sich der „Dreifaltigkeit“ von europäischer Rationalität der Weltbeherrschung, kapitalistischen sozialen Formen und fossilen Energien.

Dieses Buch legt die Grundlagen einer solidarischen Ökonomie und einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft dar.

Hafenweg 26a / D-48155 Münster
Tel.: ++49 (0) 251 39 00 48 0 / Fax: ++49 (0) 251 39 00 48 50
info@dampfboot-verlag.de / www.dampfboot-verlag.de



Mitgliederentwicklung negativ beeinflusst und die Defensive verlängert.

Der Einfluss auf die Rahmenfelder ist nicht delegierbar

Die Stärke der Gewerkschaften gründet darauf, dass es ihnen (durch Interessenvertretung, Agitation, Aufklärung, Bildungsarbeit, Gremienarbeit usw.) gelingt, die Konkurrenz unter den abhängig Beschäftigten einzuschränken und Solidarität unter ihnen zu stiften. Die Mitgliederentwicklung ist deshalb nicht nur ein Barometer organisationspolitischer Stärke der Gewerkschaften. Sie ist gleichsam das alltägliche Plebiszit der Basis. Das unterscheidet Gewerkschaften fundamental vom Organisationsverständnis politischer Parteien. Im Selbstverständnis »modernen« Parteimanagements scheinen die Zeiten der großen Mitglieder- und Programmparteien vorbei zu sein. Deshalb die zunehmende Selbstverortung in einem amerikanisierten politischen System, in dem sich Parteien als effiziente Wahlkampfmaschinen erweisen müssen. Gewerkschaften können sich diesen Entfremdungsprozess nicht erlauben. Ihre Stärke bleibt ihre Mitgliederzahl und damit ihre Fähigkeit, durch Mobilisierung, Streiks und vielfältige Aktionen demokratischen Widerstands in den Betrieben – z.B. mehrstündige außerordentliche Betriebsversammlungen, Informationen vom Betriebsrat und Diskussionen mit Vertrauensleuten – die Profitproduktion zu unterbrechen oder zu behindern. Daraus erwächst eine enorme Verantwortung. Angesichts der Krise der politischen Repräsentation, die sich unter anderem an sinkender Wahlbeteiligung ablesen lässt, bleiben Gewerkschaften so etwas wie eine *authentische* Interessenvertretung. Deshalb ist das politische Mandat kein auf die Interessenvertretung in Kernfeldern aufgepfropfter Machtanspruch, sondern Ausdruck der politischen Reichweite der Interessen der Mitglieder selbst.

Hinzu kommt eine zweite Besonderheit, die Gewerkschaften von anderen zivilgesellschaftlichen Bewegungen unterscheidet. Auch deren Stärke beruht auf Mobilisierungsfähigkeit. Aber keine andere soziale Bewegung organisiert den Brückenschlag von der Ökonomie in die Zivilgesellschaft. Rechtlich-institutioneller Ausdruck dafür ist die Tarifautonomie und die betriebliche Mitbestimmung.

Über diese zusätzliche Machtbasis verfügen nur die Gewerkschaften (*Alleinstellungsmerkmal*). Anders formuliert: Parteien, soziale Initiativen bewegen sich auf je einem Spielfeld, während den Gewerkschaften in der Ökonomie und in der Zivilgesellschaft zwei Spielfelder zur Verfügung stehen. Würden sie den Einfluss auf die Rahmenbedingungen delegieren, weil sie nur noch die Kernfelder bespielen wollen, würden sie ihr machtpolitisches Gewicht schwächen. Da die Bedeutung ihrer Einflussnahme in der Verzahnung der Machtbasis in den Betrieben, in der Tarifpolitik mit den zivilgesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten liegt, käme es darauf an, statt zu delegieren diese Verzahnung weiter zu entwickeln.

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



In der akt. Ausgabe (10/05) u.a.:

- ◆ Rainer Roth/Harald Thomé: »Der Anstand der Aufständigen«, zum Clement-Pamphlet
- ◆ Siegfried Dierke: »Eine Frage des Profits?«, zum Umbau des Gesundheitssystems
- ◆ AK: »Richtig gewählt!«, Bundestagswahlkommentar
- ◆ Kjell Hansen: »An den Taten sollt Ihr sie erkennen«, IG BAU: Tarifvertragl. Offenbarungseid und schnelle Eingreiftruppen
- ◆ Anton Kobel: »Geht doch: in der Krise streiken!«, Klinik-Beschäftigte erfolgreich im Tarifkampf BaWü
- ◆ Kemal Bozay: »Gemeinsam voneinander lernen – den Dialog stärken!«, zur polit. und gewerkschaftl. Debatte in der Türkei über den EU-Beitritt
- ◆ W.K.: »Heathrow-Streik«, Kompromiss bei Airline-Caterer Gate Gourmet
- ◆ Florian Vollmer: »Wirkungsvolle Sozialmaschine«, zur US-amerikanischen Faschismusrezeption im New Deal
- ◆ KH: »Jobmotor Militärausgaben«, zum US-Arbeitsmarkt

Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
 Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben
zum Preis von 10 Euro (gg. Vkl.)

PF 10 20 62
63020 OFFENBACH
Tel. (069) 88 50 06 Fax 82 11 16
Email: express-dfp@t-online.de

Linkspartei – Erweiterung der politischen Optionen

Die Entwicklung der betrieblichen, tariflichen und gesellschaftlichen Machtbasis ist für die Durchsetzung von Positionen eine notwendige, aber noch keine hinreichende Voraussetzung. Offen bleibt, wie mit den Protesten und Forderungen in den Parlamenten umgegangen wird. In den letzten Jahren hat es zahlreiche öffentliche Protestaktionen gegeben. Gesehen sind sie im Wesentlichen daran, dass sich die politische Elite gegenüber den Ansprüchen an eine andere Politik abgeschottet hat. Der gesamten fortschrittlichen sozialen Bewegung haben Kräfte in den Parlamenten gefehlt, die sich als Ansprechpartner und Katalysatoren eines anti-neoliberalen Politikwechsels verstanden haben.

Dies hat sich im Bundestag durch die Wahl am 18. September geändert. Der Wähler hat das Mandat für die rot-grüne Agenda-Politik nicht verlängert. Er hat ebenso wenig dem Neoliberalismus pur eines schwarz-gelben Bündnisses ein Mandat erteilt. Befragungen haben gezeigt, dass eine beschäftigungsfördernde Wirtschaftspolitik und soziale Gerechtigkeit ausschlaggebende Motive bei der Stimmabgabe waren (Infra-test/dimap 2005). Das Wahlergebnis spiegelt eine *Akzeptanzkrise des Neoliberalismus* wider, die nicht ungenutzt bleiben darf. Daraus ergibt sich auch für die Gewerkschaften die Notwendigkeit, ihre Arbeitskontakte zu den Parteien neu zu strukturieren, um fähig zu werden, Allianzen für die Durchsetzung ihrer politischen Anliegen zu schmieden.

Der Einzug der Linkspartei in den Bundestag könnte dazu dienen, die herrschende »Politik der Entpolitisierung« (Bourdieu) zu durchbrechen. Wahlalternative und Linkspartei könnten gegen die großkoalitionäre Herrschaft der »Jasager«, der Einheitsdenker, die unverzichtbare Rolle der »Neinsager« (Brecht) übernehmen und damit Politik wieder zu einer Auseinandersetzung um Alternativen machen. Die Bundestagsfraktion verfügt dazu über Personal und finanzielle Mittel – letzteres im Unterschied zu etlichen sozialen Bewegungen. Und sie könnte zumindest einen Teil der auf die Tribünen des politischen Systems fixierten Medien nutzen, damit soziale Proteste nicht der vollständigen Ignoranz der medialen Öffentlichkeit anheim fallen.

Das alles wäre nicht wenig, weil dadurch die TINA-Hegemonie zumindest auch an den Rändern der politischen Klasse aufgebrochen werden könnte. Aber ein Wahlerfolg ist nicht bereits die Durchsetzung einer alternativen Politik. Darauf kurzfristig zu setzen, hieße, die Handlungskraft von Wahlalternative/Linkspartei zu überschätzen und zu überfordern.

Der Umsetzung einer alternativen Politik näher zu kommen, könnte gelingen, wenn aus dem Wahlprojekt wie vereinbart eine *neue* Linkspartei wird. Dies nicht als top-down-Prozess zu organisieren, in der Hektik nicht die programmatische Verständigung zu vernachlässigen, sondern zu intensivieren, nicht den Typus der Partei über die Formierung gesellschaftlicher Bündnisse zu stellen – das sind Herausforderungen. Eine neue gesamtdeutsche Partei links von der Sozialdemokratie ist weder die heutige WASG noch die PDS – aber sie können die Ausgangspunkte sein: jünger, feministischer, bewegter, globalisierungskritischer, auch in der Welt der Arbeit bewandert.

Mit einer neuen politischen Partei könnte längerfristig eine parlamentarische Kraft heranwachsen, die mächtig genug wäre, die weitere Auszehrung und den Niedergang der parlamentarischen Demokratie zu stoppen.

Das alles verwirklicht sich nicht im Selbstlauf. Die Grünen waren einst als Bürgerbewegung mit alternativen Politikprojekten gestartet und sind als Partei im neoliberalen Politikgestrüpp versackt. Und versteht sich die PDS zumindest in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern heute noch als Subjekt für eine andere Politik oder als neue Variante des kleineren Übels? Das politische Gewicht der Parlamentsfraktion von WASG/Linkspartei wäre verschenkt, wenn die Ressourcen auf die parlamentarische Gremienarbeit konzentriert würden, wenn man sich die Rolle der Avantgarde qua Mandat anmaßen würde, anstatt als Teil einer gesellschaftlichen Linken an der Formulierung von beschäftigungspolitischen, sozialstaatlichen, demokratischen Alternativen und deren Verwirklichung als Gleicher unter Gleichen beteiligt zu sein.

Oskar Lafontaine, Gregor Gysi und andere in der Linkspartei sind selbstbewusst genug, sich schnell, noch bevor die gesellschaftliche Linke überhaupt handlungsmächtig daherkäme, eine Machtbasis für *ihre* Politik zu schaffen. Die damit ihre politisch-persönlichen Überzeugungen in Fragen der Ausländerpolitik, der sozialen Mindestsicherung oder auch der Finanzierbarkeit von aktiver Beschäftigungspolitik zum Maßstab des gesamten politischen Projekts machen. Die sich im Konfliktfall auf die Auseinandersetzung um alternative politische Inhalte mit streitigen sozialen Bewegungen erst gar nicht einlassen würden.

Das alles muss nicht sein, wenn sich die *gesellschaftliche Linke*, so wie es jetzt die parlamentarische Linke getan hat, neu aufstellt. Konzentriert und zügig sollte sie sich auf die Grundzüge eines alternativen Projektes verständigen, Schnittmengen zwischen ihren politischen Ansprüchen und Handlungsmöglichkeiten für eine andere Politik identifizieren, ohne sich in allem gleichmachen zu wollen.



Politisches Mandat und Bündnisfähigkeit

Mein Plädoyer lautet: Die Gewerkschaften sollten ihr politisches Mandat bewusst wahrnehmen und ausweiten (Deppe 2005). Angesichts der Spaltung in der Gesellschaft und der damit einhergehenden stärkeren Differenzierung der Interessen von Beschäftigten und Arbeitslosen reichen Tarif- und Betriebspolitik nicht mehr aus, um mehr Mitglieder an die Gewerkschaften zu binden und Attraktivität bei Nichtmitgliedern zu erlangen. Organisationspolitische Erfolge hängen daran, inwieweit es gelingt, die potenziellen Mitglieder dort anzusprechen und zu interessieren, wo sie sich in ihrem Alltag aufhalten – und das ist lange schon nicht mehr nur der Betrieb, sondern das sind ebenso die Felder der Zivilgesellschaft. Um als Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten wieder mächtiger zu werden, wäre die Verzahnung der betrieblichen/tarifpolitischen Machtbasis mit dem zivilgesell-

schaftlichen Engagement weiterzuentwickeln. Dies erfordert eine Reorganisation der Betriebspolitik, die Stärkung des Flächentarifvertrags, die konzeptionelle Entwicklung politischer Inhalte und die Zusammenarbeit mit den politischen Initiativen, Sozialverbänden, globalisierungskritischer Bewegung usw.

Ich möchte zwei Felder der politischen Auseinandersetzung hervorheben, weil sich dort Systemwechsel vollziehen, die die künftigen Bedingungen für Widerstand und Alternativen für eine solidarische Gesellschaft massiv verschlechtern. Das ist zum einen das Feld der *Prekarisierung der Arbeit*, wodurch der Zusammenhang von Arbeit und Existenzsicherung aufgeklopft, der Anspruch auf »gute Arbeit« untergraben und Massenarbeitslosigkeit als permanente Keule gegen die Beschäftigten instrumentalisiert wird. Mit Prekarisierungs- und Niedriglohnstrategien wird nicht nur die soziale Spaltung der Gesellschaft vervielfältigt und zugleich vertieft. Mehr noch: Das Gefüge einer regulierten Lohnarbeitsgesellschaft wird aufgelöst. Soziale Unsicherheit und Angst werden zu prägenden Alltagserfahrungen. Wohin das führt, kann man bei dem französischen Soziologen Robert Castel (2005) nachlesen: zum Aufstand der zu Perspektivlosigkeit verdamnten Jugendlichen in den »Vorstädten«, zu einer fortschreitenden autoritären Transformation des Staates und zu einem erneut stärker werdenden Rechtspopulismus.

Forum Gewerkschaften

Das zweite Feld ist der *Systemwechsel im Sozialstaat*. Um nur einen Punkt herauszugreifen: Mit der drastischen Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (auf 12 bzw. 18 Monate) wird der Zusammenhang zwischen Beitragsleistungen und Sozialtransfers aufgelöst. Das gleiche passiert in der Rentenversicherung.

Durch Absenkung des Nettorentenniveaus auf knapp 53% bis 2030, durch kontinuierliche reale Rentenkürzungen und eine schrittweise Verlängerung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre passiert zweierlei: Die Beitragszahler erhalten nicht mehr ansatzweise ein Äquivalent an sozialen Leistungen zurück und werden im Alter in großer Zahl unterhalb die Armutsgrenze gedrückt. Und jene, die es sich noch leisten können, gehen den Weg der Privatisierung. Damit wird das System eines beitragsbezogenen Sozialstaates delegitimiert. Um es auf den Punkt zu bringen: Agenda 2010 und das Programm der großen Koalition führen zur Abwicklung der größten Fortschrittsleistung des 20. Jahrhunderts.

Die Zersetzung der Lohnarbeitsgesellschaft und die Abwicklung des Sozialstaats – das sind die Systemwechsel eines kapitalmarktgetriebenen, entfesselten Kapitalismus. Das sind zugleich Herausforderungen für soziale Kräfte und Bewegungen, die ihr politisches Mandat aktiv gegen die Durchsetzung einer zerstörerischen, entzivilisierten Marktgesellschaft wahrnehmen.

Diese Kräfte sind nur in Bündnissen stark – das gilt auch für die Gewerkschaften. Hegemonieansprüche verbieten sich ebenso wie die Vorstellung, alle müssten gleichermaßen alle politischen Forderungen und Ansprüche teilen, müssten sich also in allem gleich machen. Es reicht zunächst auszuloten,

wo inhaltliche Schnittmengen bestehen. Sie sind ausreichend, um sich auf ein alternatives Projekt zu verständigen.

Elemente eines Alternativprogramms

Bleiben wir bei den von mir beispielhaft hervorgehobenen Feldern politischer Auseinandersetzung, bei denen sich Systemwechsel vollziehen. Hier lässt sich konkret zeigen, dass die Gewerkschaften Positionen ergreifen, die sich als inhaltliche Schnittmengen für die Verständigung auf ein alternatives politisches Projekt erweisen.

Seit geraumer Zeit gibt es in der IG Metall verstärkte Diskussionen darüber, wie der Präkarisierung der Arbeit entgegengewirkt werden kann, um die soziale Spaltung jener, die im Kapitalismus von Lohnarbeit abhängig sind, zu überwinden. Zweifellos ein Kernthema, schwächt doch die Entfesselung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt die gewerkschaftliche Interessenvertretung unmittelbar. Neben den allgemeinen Forderungen, Massenarbeitslosigkeit durch Arbeitsumverteilung, eine beschäftigungschaffende Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik sowie durch ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm von jährlich mindestens 20 Mrd. Euro abzubauen, geht es der IG Metall um die Schärfung von Instrumenten, mit denen sie selbst initiativ werden kann. Dazu gehört die Stärkung der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung sowie der Tarifautonomie, indem das uneingeschränkte Streikrecht (Änderung des Antistreikparagrafen 146 SGB III), ein Verbandsklagerecht und gesetzliche Mindestlöhne eingeführt werden.

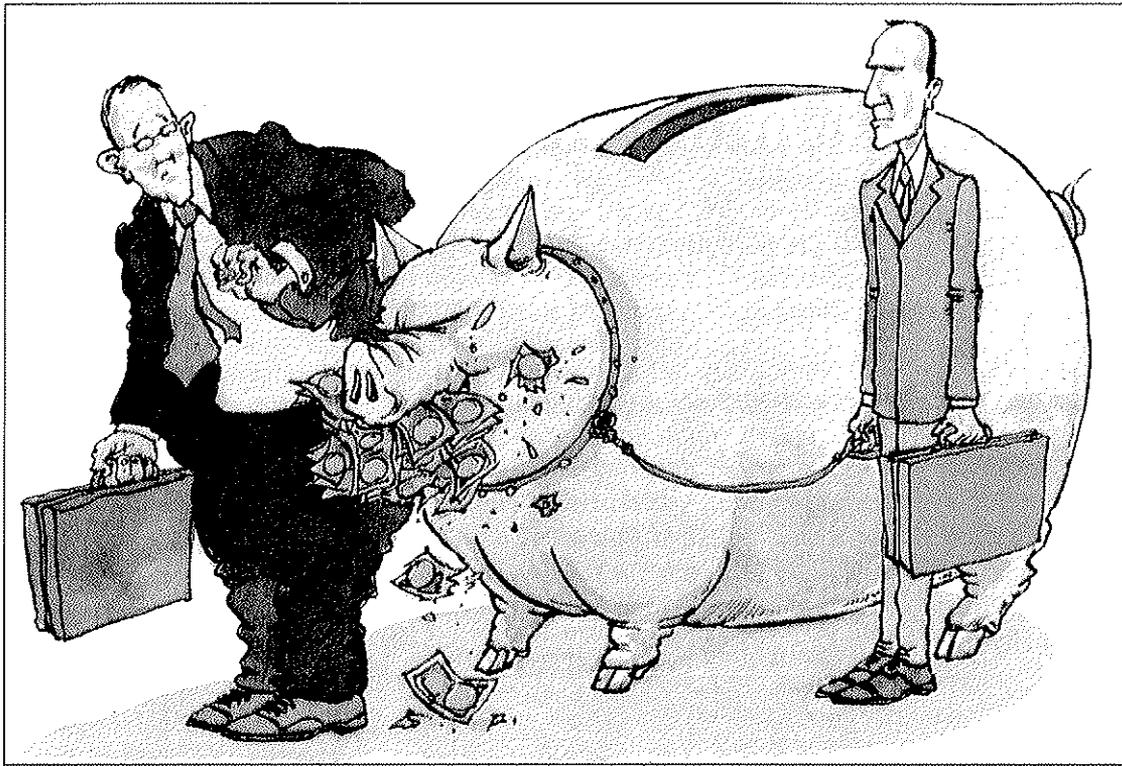
Damit könnte Lohndumping wirksam entgegengetreten werden. Hartz IV möchte die IG Metall am liebsten gestrichen haben. Wenn dies nicht erreicht werden kann, müssen kurzfristig die Zumutbarkeitskriterien so geändert werden, dass tarifliche, zumindest ortsübliche Löhne Kriterien zumutbarer Arbeit werden, muss der Regelsatz des ALG II in Ost- und Westdeutschland spürbar erhöht und öffentlich geförderte Beschäftigung in Form gesellschaftlich sinnvoller und akzeptierter Beschäftigungsmöglichkeiten organisiert werden.

»Nicht die Reduzierung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages, Leistungskürzungen und Ein-Euro-Jobs, sondern sinnvolle Instrumente einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, die auf Prävention zielen, sind das Gebot der Stunde« (IG Metall 2005).

Anstelle des Systemwechsels im Sozialstaat will die IG Metall einen Umbau der sozialen Sicherungssysteme. Auf der Grundlage paritätischer und ergänzender steuerlicher Finanzierung soll – den strukturellen Veränderungen in unserer Gesellschaft Rechnung tragend – jede und jeder eine angemessene, armutsfeste Leistung aus den sozialen Sicherungssystemen als soziales Bürgerrecht beanspruchen können.

Die Forderungen zum Umbau der sozialen Sicherungssysteme orientieren sich an drei Strukturprinzipien.

- **Universalisierung:** Die Versicherungspflicht soll auf alle Erwerbstätigen ausgeweitet werden; die Finanzierung soll neben der Parität bei den Arbeitseinkommen auch andere Einkommen einbeziehen und die Finanzierung aus Bei-



Karikatur: Economist

trags- und Steuermitteln zulasten von Steuerfinanzierung neu festlegen.

- **Optionalisierung:** Nicht mehr der lebenslange durchschnittlich bezahlte männliche Beschäftigte im Normalarbeitsverhältnis ist Bezugsgröße für den auskömmlichen Bezug von Sozialtransfers. Vielmehr sollen die Regeln, nach denen sozialer Schutz erworben wird, auf die Erwerbsbiografien und die individuellen Lebensentwürfe bezogen werden.
- **Mindestsicherung:** Damit fordert die IG Metall, dass die beitragsbegründeten Sozialtransfers ergänzt werden durch eine lebenslagenorientierte Leistungsgewährung, sodass alle Sozialtransfers armutsfest gemacht werden.

Neben der konzeptionellen Arbeit »auf gleicher Augenhöhe« geht es darum, sich auf außerparlamentarische Aktions- und Handlungsformen zu verständigen, die geeignet sind, Politik und deren Akteure zu beeinflussen. Dabei geht es auch um neue Formen direkter Demokratie (Mitbestimmung, Volksbegehren, Bürgerentscheide usw.), mit denen echte Gegenmachtpositionen aufgebaut werden können. Eine solch intensive Bündnisarbeit ist erst noch in der Entwicklung. Dabei zielt die Entwicklung strategischer Allianzen nicht auf den Ersatz der Arbeitskontakte von Gewerkschaften und Parteien. Wo sie sinnvoll sind und das Einbringen von gewerkschaftlichen Positionen in die Politik der Parteien ermöglichen, müssen sie genutzt werden. Allerdings werden die Gewerkschaften diese Arbeitskontakte zu den Parteien neu strukturieren müssen. Denn die Wahlergebnisse zeigen, dass eine gesellschaftliche Mehrheit gegen das neoliberale Politikkonzept vorhanden ist und von der Politik der großen Koalition nicht parlamentarisch repräsentiert wird. Für die IG Metall gilt, dass dieses Wählervotum auch in praktische Politik umgesetzt wird. »Perspektivisch setzt sich die IG Metall dafür ein, dass das Projekt einer solidarischen Erneuerung von Wirtschaft, Gesellschaft

und Sozialstaat sich auch in handlungs- und durchsetzungsfähigen parlamentarischen Mehrheiten niederschlägt« (IG Metall 2005).

Bei allem Respekt vor der Bedeutung der Arbeitskontakte zwischen Gewerkschaften und Parteien – das vorstehend kurz skizzierte mittelfristige politische Projekt ist darüber alleine nicht zu stemmen. Dazu bedarf es eines weiteren Beins der Politikbeeinflussung, dem der *strategischen Allianzen*. Hemmnisse für eine intensive Bündnisarbeit bestehen auf Seiten der Gewerkschaften

ebenso wie auf Seiten von kirchlichen, globalisierungskritischen, ökologischen, feministischen und friedenspolitischen Bewegungen.

Die Gewerkschaften sollten ihre immer noch bestehenden Vorbehalte gegenüber außerparlamentarischen Aktionen im Bündnis mit anderen Teilen der sozialen Bewegung aufgeben. Sie würden stärker, wenn sie nicht nur auf Arbeitskontakte in einem erweiterten politischen Spektrum vom Arbeitnehmerflügel der Unionsparteien über Strömungen der Sozialdemokratie bis hin zu einer sich neu formierenden Partei der Linken setzten, sondern die Entwicklung strategischer Allianzen beherzt vorantrieben. Und die diversen sozialen Initiativen und Bewegungen sollten ihre Beziehungen zu den Gewerkschaften enger knüpfen, sich auf sie einlassen, statt die Distanz zu ihnen zu betonen. Die betriebliche, tarifpolitische Machtbasis der Gewerkschaften macht die soziale Bewegung insgesamt stärker. Das lohnt die Mühen, die der Weg der Verständigung untereinander an Auseinandersetzung und Konflikten mit sich bringt.



Literatur

- Robert Castel (2005): Die Stärkung des Sozialen. Leben in einem neuen Wohlfahrtsstaat, Hamburg.
- Frank Deppe (2005): Bruch eines historischen Bündnisses? Gewerkschaften – Sozialdemokratie – Politisches Mandat, in: Sozialismus, Heft 1, S. 14-23.
- Hans-Jürgen Urban (2005): Wege aus der Defensive, in: R. Detje/K. Pickshaus/H.-J. Urban (Hrsg.), Arbeitspolitik kontrovers. Zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien, Hamburg.
- IG Metall (2005): Arbeit – Innovation – Gerechtigkeit, Gewerkschaftliche Interessenvertretung nach der Bundestagswahl, Vorstandsbeschluss vom November 2005.